

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.20 Uhr
Ende: 14.17 Uhr

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.20 Uhr den Vorsitz.

1) Postamt 8053 Graz

GR. Mag. **Haßler** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Graz wächst, das hören wir jeden Tag, wir haben heute ja auch Stück bei uns zu beschließen, das sich damit beschäftigt: Schulcampus Reininghaus. Und bei diesem Stück kann man auch sehr gut sehen, wo Graz wie wachsen wird und ein Bereich, der ebenfalls stark wächst, ist der Bereich Neu Hart. Dort sind Wohnprojekte im Entstehen, Alte Poststraße, Feldgasse, Grillweg, Euro-Shopping, Ulmgasse, wo zirka 2.200 neue Bewohnerinnen und Bewohner sich ansiedeln werden und teilweise sich schon angesiedelt haben. Und in der Nähe noch dort in dem Einzugsgebiet die GreenCity, wenn man das zusammenrechnet, kommen wir dort auf 3.700 Bewohnerinnen und Bewohner, die es in Zukunft dort geben wird. Wenn eine Stadt wächst, dann braucht es nicht nur Wohnungen, dann braucht es auch Infrastruktur und genau um diese Infrastruktur geht es in meiner heutigen Frage, denn die Post beabsichtigt ja, das Postamt 8053 Neu-Hart dort zu schließen und das ist nicht das erste Postamt in diesem Einzugsgebiet, denn 2013 wurde in der Straßganger Straße das Postamt Wetzelsdorf

geschlossen, was ebenfalls zum Großteil das gleiche Gebiet betrifft, was das Einzugsgebiet dort eben zu versorgen hat. Grund ist laut Aussage der Post, und ich habe selbst auch ein Gespräch geführt mit dem Vertreter der Post, Grund ist angeblich die Unwirtschaftlichkeit, die Mitarbeiter vor Ort, die die Zahlen ja eigentlich auch wissen müssten, sehen es anders, die sagen, sie waren immer positiv bis zu einem Fernwärmeanschluss, der dann eben Kosten verursacht hat und die Post hat das geschickterweise offensichtlich in ihre Darstellungen so berücksichtigt, dass jetzt die Situation eben in Richtung negatives Betriebsergebnis weist. Ich kann mir es nicht vorstellen, aber angeblich geht es in diese Richtung. Wir sollten dort einen Postpartner bekommen, wie zuverlässig Postpartner sind, sehen wir momentan in der Münzgrabenstraße, wo der Postpartner wieder schließt und außerdem ist dieser Postpartner kein Ersatz, weil das jetzige Postamt ist wirklich sehr gut gelegen: Bushaltestelle vor der Türe, auch Parkplätze, die Apotheke ist gleich daneben, also wirklich ein sehr guter Standort und das nächstgelegene, wenn man vor allem die ÖV-Verbindungen ansieht, und darum geht es in erster Linie auch bei den älteren Menschen, wäre Straßgang und wenn man Straßgang kennt, und ich bin selber dort Kunde, dann weiß man, dass die Mitarbeiter jetzt schon dort sehr gefordert sind, weil wenn man dort hineingeht, ist eine Wartezeit von 10 bis 15 Minuten jetzt schon keine Seltenheit. Dann kommt dieses Gebiet dazu, dann kommen neue Bewohnerinnen und Bewohner dazu, dann kann sich jeder vorstellen, wie es am Ende des Tages aussieht. Warum die Post das tut, weiß keiner. Man konnte ja auch in diesen Wochen lesen, dass das Betriebsergebnis der Post leider nur bei 90 Millionen gelegen ist, weil man mit einer deutschen Tochter in Deutschland Probleme hatte, dort hunderte Millionen abschreiben musste, aber trotzdem ist es der Post gelungen, dass die Aktionäre noch gleich viel an Dividenden erhalten. Was wir als Kunden davon haben, das sehen wir jetzt. Unsere Dividende ist die Schließung eines Postamtes und uns wird erklärt, es ist eh alles gut und es ist eh alles gleich gut, wenn es einen Postpartner gibt. Auch das Argument, das mir gesagt wurde, Pakete und Briefe gehen zurück, vor allem Briefe, scheint auch nicht zu stimmen, weil im Jahresbericht der Post wird davon berichtet,

dass auch bei dem Briefverkehr eine Umsatzsteigerung erfolgt ist. Also kann dieses Argument auch nicht so eine Gültigkeit haben.

Deshalb darf ich dich, lieber Herr Bürgermeister, namens vieler betroffener Bürgerinnen und Bürger, aber auch namens meiner Fraktion,

f r a g e n:

Welche Maßnahmen hast du als der für die Stadtentwicklung Verantwortlicher bisher gesetzt, um das Postamt 8053 Graz und damit eine wichtige Infrastruktureinrichtung in diesem Stadtgebiet zu erhalten (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, vielen Dank, auch ich wurde von der Österreichischen Post Aktiengesellschaft vor wenigen Wochen informiert, dass beabsichtigt ist, die Postfiliale 8053 in der Kärntner Straße zu schließen. Mein Büro hat mit Vertretern der Post AG Kontakt aufgenommen und auf die Notwendigkeit der Filiale hingewiesen. Leider wurde unser Ersuchen negativ beantwortet mit der Begründung, dass im österreichischen Postwesen weder eine Zuständigkeit der Gemeinde noch der Bezirksverwaltung besteht. Sie haben Grenzen aufgezeigt, mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes BMG I wurde die Österreichische Post AG zum Universaldienstbetreiber benannt. Als solcher ist die Post gemäß § 6 BMG verpflichtet, eine flächendeckende Versorgung mit Postgeschäftsstellen anzubieten und zu gewährleisten. § 7 BMG sieht eine flächendeckende Versorgung als gegeben an, sofern den NutzerInnen bundesweit mindestens 1.650 Postgeschäftsstellen zur Verfügung stehen, weiters wurde damals beschlossen, für Gemeinden, die mehr als 10.000 BewohnerInnen haben, auch in allen Bezirkshauptstädten, ist zu gewährleisten, und jetzt kommt der Passus, hinter dem man sich jetzt versteckt, ist zu gewährleisten, dass für mehr als 90 % der EinwohnerInnen eine Postgeschäftsstelle in maximal 2000 Meter

erreichbar ist. Das bedeutet jetzt nicht, dass diese Poststelle von allen anderen aus gesehen jetzt gleich wieder in 2000 Meter eine Erreichbarkeit hat, sondern es gilt auf die ganze Stadt quasi eine Regel anzuwenden: Mehr als 90 % müssen 2000 Meter, das ist also die Möglichkeit des Schließens besteht gesetzlich. Die Abfuhr, die ich bekommen habe, freut mich auch überhaupt nicht. Uns wurde von der Post AG mitgeteilt, dass eine Standortabfrage, ausgehend vom Standort Filiale 8053, zum Ergebnis führt, dass im Umkreis des Poststandortes 8053 insgesamt fünf Geschäftsstellen, vier Postfilialen und ein Postpartner innerhalb von rund 2000 Metern erreichbar sind. Ich weiß nicht, ob sie Luftlinien meinen oder tatsächlichen Gehweg, aber ich wollte nur sagen, auch wir haben sofort versucht, mit der Post Kontakt aufzunehmen. Sie haben uns bisher abblitzen lassen.

GR. Mag. **Haßler**: Dass sie uns einmal abblitzen lassen, glaube ich, das hat uns alle eh nicht überrascht, auch die Bürgermeister anderer betroffener steirischer Gemeinden, Fehring, Feldbach, Wildon, haben sich auf die Füße gestellt, waren teilweise in Wien und sind auch empfangen worden, was ich aus den Medien entnommen habe. Und deshalb mein Wahlspruch ist immer, wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren. Deshalb bitte ich dich, den Kampf nicht aufzugeben, denn bevor unser Postamt Füße bekommt, glaube ich, ist es besser, wenn wir alle uns auf die Füße machen und vielleicht irgendwo in Wien noch einen Termin versuchen. Ich darf dir einmal zur Unterstützung dann diese 824 Unterschriften übergeben. Übrigens keine politische Initiative, Eigeninitiative der Anrainer. Binnen zehn Tagen wurden diese 824 Unterschriften jetzt einmal gesammelt, ich glaube, das ist eine großartige Leistung und zeigt auch (*Applaus KPÖ und SPÖ*), wie sehr den Bürgerinnen und Bürgern das Ganze am Herzen liegt. Also deshalb meine Zusatzfrage: Bist du bereit, weitere Schritte zu setzen und ich bin auch gerne bereit, dich dabei zu unterstützen und auch mich auf die

Füße zu machen, um notfalls mit dir gemeinsam nach Wien zu fahren, gehen möchte ich nicht (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, manchmal sind eben die Marketingexperten ihrer Zeit voraus, ich habe mir eigentlich ursprünglich gedacht, dass die Post näher zu uns kommt, weil sie zwei Füße abgebildet hat. Im Moment handelt es sich eher davon, dass jeder einen Wanderschuh anziehen muss, um noch zu einem Postkasten oder einem Postamt zu gelangen und ich würde mir schon auch wünschen, dass wir, und wir werden es auch tun, mit der Post gemeinsam wieder einmal darüber sprechen, welche Bevölkerungsveränderungen, welchen Zuwachs wir in manchen Bezirken haben, weil was heute sich vielleicht, auch aus welchen Gründen auch immer, das kann ich nicht sagen, mit der Fernwärme vielleicht gerade nicht rechnet, kann morgen ein sehr wichtiger Standort sein und es verschieben sich bei uns dermaßen die Bevölkerungszahlen, dass man, glaube ich, einmal wieder generell mit der Post zusammensitzen sollte und sagen sollte, das sind unsere Entwicklungsbereiche und dann gibt es vielleicht auch wieder eine neue Entscheidung. Ich bin da gerne bereit, wir laden sie am besten ein, dann sparen wir uns die Kilometer. Nur noch einmal, die Entscheidung haben sie jetzt einmal, glaube ich, gefällt, da wollen sie nicht abrücken, aber wir werden schauen, dass man sie rasch auch zu uns bekommen. Drei Monate haben wir Zeit (*Applaus ÖVP*).

2) Hundewiesen im Grazer Westen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Forderung, im Bezirk Eggenberg am Gelände des Schlosses Eggenberg vielleicht eine Hundewiese verwirklichen zu können, wurde leider vom zuständigen Betreiber abgelehnt. Im Park am Reininghausgelände, wie eh schon bekannt, wird auch keine Hundewiese kommen, es steht allerdings noch keine definitive Ersatzfläche fest, obwohl am Gelände eben Wohnungen für etwa 16.000 Menschen entstehen werden. Auch auf dem zu entwickelnden Gebiet der SmartCity ist keine Hundewiese geplant, obwohl dort Wohnraum für bis zu 2.000 Menschen entstehen wird, das heißt also, es gibt im Westen von Graz ein sehr großes Gebiet ohne Möglichkeit für Hundehalter, ihre Tiere frei laufen zu lassen und deshalb meine

Frage:

Können Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, versichern, dass im Einzugsgebiet der zu entwickelnden Stadtteile Hundewiesen errichtet werden (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Dazu gibt die für die Errichtung von Hundewiesen zuständige Abteilung 10/5 – Grünraum und Gewässer uns heute Folgendes bekannt: Im Bereich des SmartCity-Areals an der Waagner-Biro-Straße ist eine für Hunde und HundebesitzerInnen geeignete Fläche bislang in den Planungen vorgesehen und vorläufig als länglicher Grünpuffer zwischen der neu geplanten Wohnbebauung nördlich der Helmut-List-Halle und der ÖBB-Bahntrasse lokalisiert.

Also dort ist eine einmal angedacht. In dem derzeit vorbereiteten SmartCity-Ideenwettbewerb für den öffentlichen Raum ist das Thema Hundewiese ebenfalls Teil des thematischen Arbeitsauftrages und damit Teil des Wettbewerb- Planungsgebietes, wobei aufgezeigte und begründete Alternativen zum genannten Standort auch ausdrücklich möglich sind. Das heißt, bei SmartCity wurde nicht vergessen,

Ausschreibung läuft und die Ergebnisse werden wir dann bald haben. Im Bereich des Stadtentwicklungsgebietes Reininghaus sind die konkreten Vorschläge für ein größeres Hundewiesen-Areal ebenfalls weit gediehen. So sieht der derzeitige Amtsvorschlag eine Hundewiesenausweisung und Ausgestaltung im Bereich des bereits bestehenden Stadtwäldchens östlich an der geplanten Bus- und Straßenbahnhaltestelle bei der ehemaligen Hummelkaserne vor. Die dort geplante Hundewiese weist im Bestand bereits vor einigen Jahren initiierte Baum- und Strauchbepflanzung auf und ist Teil der rund um die neue Endhaltestelle entstehende öffentlichen Park-, Spiel- und Freiflächen in der südlichen Grünachse Reininghaus. Also auch hier haben wir einmal planerisch vorgesorgt und ich hoffe, wir werden das auch bald umsetzen können (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

3) Abhaltung Grazer Baumschutzgipfel

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR.ⁱⁿ Kahr folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Elke! In meiner Frage geht es um den Grazer Baumschutzgipfel. Ich habe zu dem Thema in der Gemeinderatssitzung im November 2015 einen dringlichen Antrag gestellt, wo ihr dann, also der Kollege Eber, einen Abänderungsantrag gemacht hat und wo es eben um die Abhaltung eines Baumschutzgipfels in Graz geht mit dem Ziel, den Baumschutz in Graz insbesondere in Bauverfahren zu verbessern und interne Verfahrensabläufe in Bauverfahren den Baumschutz betreffend zu optimieren.

Nunmehr sind vier Monate vergangen seit meinem dringlichen Antrag und nachdem wir informell nicht rausfinden konnten, wie weit jetzt die Planungen gediehen sind, stelle ich an dich seitens des grünen Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Wie sind die Vorbereitungen für den Grazer Baumschutzgipfel gediehen und wann ist mit seiner Abhaltung zu rechnen (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Liebe KollegInnen, liebe Andrea! Unmittelbar nach dem Dringlichkeitsantrag habe ich die Bau- und Anlagenbehörde und die zuständige Abteilungsvorständin Mag. Ennemoser gebeten, mit den jeweiligen Referaten, die wir für die Abhaltung dieses Baumschutzgipfels auch benötigen, vor allem, dass wir eine entsprechende Unterlage vorbereiten, gebeten, das hat sie auch gemacht und zwar mit dem Forstreferat, dem Straf- und dem Baureferat. Es ist eine diesbezügliche Unterlage auch schon fertig, die jetzt noch mit der Abteilung Grünraum abgestimmt werden muss, sodass nach Ostern die Einladung an alle Klubs und an alle dafür notwendigen Referate und Abteilungen ergehen kann, das wird der 20. April sein (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Ich schaue jetzt gerade, also ich habe das jetzt richtig verstanden, dass jedenfalls alle, die genannt sind, also Stadtplanung, Grünraum, Gewässer, Bau- und Anlagenbehörde, Stadtbaudirektion, dass die alle teilnehmen werden. Und der Naturschutzbeauftragte auch, wird auch eingeladen?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Gedacht haben wir jetzt einmal an alle Abteilungen, also Forst-, Strafreferat, Baureferat, Abteilung Grünraum, Naturschutzbeauftragten und alle Klubs (*Applaus KPÖ*).

4) Förderung gemeinfreier Lizenzen

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Während der Umgang mit Urheberrecht und Nutzungsrechten immer komplexer wird, fördern freie Lizenzen in einer wissensorientierten Gesellschaft das Teilen, Erarbeiten und Weiterentwickeln von Informationen oder Gegenständen. Bestes Beispiel, das wir alle kennen, ist Wikipedia, deren Bildmaterial unter der sogenannten Creative Commons Lizenz steht und eben die freie Nutzung des Bildmaterials ermöglicht. Wir kennen sie auch unter den Begriffen Open Hardware, Open Design oder auch in der Stadt Graz unter dem Begriff Open Government Data, wo es Bestrebungen gibt, Entwurfszeichnungen, zum Beispiel Bauanleitungen und Ähnliches, unter freie Lizenzen zu stellen.

Bei Arbeiten, die von der Stadt Graz mit öffentlichen Geldern gefördert werden, wäre es wünschenswert, ein Bewusstsein der Bedeutung von freien Lizenzen oder eine entsprechende Lizenzierung der entstandenen Arbeit zu unterstützen.

Im Dezember 2013 wurde von allen Parteien ein Zusatzantrag von uns gemeinsam beschlossen, durch den eine Förderung gemeinfreier Lizenzen geprüft werden sollte. Eine Antwort haben wir leider bis heute noch nicht erhalten.

Daher richte ich namens der Piraten an Sie folgende

F r a g e :

In welcher Form wurde dieser Antrag behandelt und inwieweit sieht Ihr Ressort Möglichkeiten, gemeinfreie Lizenzen zu unterstützen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Zunächst die Entschuldigung von meiner Seite, dass da keine Antwort schriftlich ergangen ist, sollte nicht passieren. Das heißt aber nicht, dass die Abteilung untätig war. Zunächst einmal war ja der Antrag, zu dem dein Zusatzantrag dann mit den anderen Stimmen durchgegangen ist, war der Antrag die Endnutzerförderung für die Betreiber von Coworking-Einrichtungen und zwar, dass die eben, die sich dafür interessieren und dort eben sich einmieten für eine bestimmte Zeit, unterstützt werden und diese Förderung kann sich nach den ersten beiden Jahren durchaus sehen lassen. Es wurden im Jahr 2014 26 Mieter- und Nutzer von Coworking-Räumen und im Jahr 2015 33, insgesamt also 59, gefördert und ihnen damit eben das Ausprobieren einer Technologie, eines Produktes, was auch immer, in den Coworking-Räumen ermöglicht. Zu dieser Förderung der gemeinfreien Lizenzen stehen wir und stehe ich persönlich auch sehr, sehr skeptisch gegenüber im Zusammenhang mit der Coworking-Förderung und zwar wegen dem Geschäftsmodell der Unternehmen. In den Coworking-Räumen mieten sich ja Personen oder auch Kleinunternehmen, wie auch immer, ein, deren Hauptaufgabe es ist, das sind sicherlich neun von zehn Aufträgen, einen speziellen Kreativauftrag für einen Auftraggeber zu machen. Das heißt, durch ihre Leistung erzielen sie ihr Einkommen, würden sie die Leistung freistellen, wäre es wahrscheinlich in diesem Ausmaß nicht möglich. Zweite Geschichte ist, dass in den meisten Fällen ja das Urheberrecht dann auf den Auftraggeber übergeht. Das heißt, die Frage, ob die Leistung dann gemeinfrei gestellt wird, die Frage des Auftraggebers ist. Das heißt zusammenfassend, wir glauben nicht, dass man diese beiden Themen vermischen sollte und etwa das Thema der

gemeinfreien Leistung in die Coworking-Förderung übernehmen. Ganz abgesehen davon, dass es bei Erstellen bei der Coworking-Förderung ja es eine vom Umfang her durchaus kleine, aber sehr feine Förderung ist, die oft halt hilft, aber von den Beträgen wahrscheinlich nicht mit Lizenzfreistellung sowas im Wert jedenfalls verglichen werden kann. Das heißt, wir haben das behandelt, die Entscheidung ist aber, dass wir beide Formen, also die gemeinfreie Leistung und die Coworking-Förderung, nicht vermischen wollen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Die Zusatzfrage wäre folgende und zwar du hast jetzt gesagt, ok, im Bereich Coworking nicht und daher die Frage: Siehst du andere Möglichkeiten in deinem Ressort, wo man möglicherweise dieses Konzept anwenden könnte, könntest du da irgendwas vorstellen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also nochmals darauf zurückzukommen, die Wirtschaftsabteilung ist eine Abteilung, die zwar Kreativleistungen fördert und sich besonders um jene Menschen bemüht, die eben kreativ sind, die die Stadt einfach auch weiterbringen insgesamt und da wäre es durchaus ein Thema. Aber auf der anderen Seite muss man sich auch über das Budget der Wirtschaftsabteilung im Klaren sein. Wir haben ein Budget von vier Millionen Euro, davon gehen 2,5 Millionen Euro 1 : 1 an den Tourismus weiter, das heißt, für die Wirtschaftsabteilung bleibt insgesamt für ihre eigenen Ressourcenaufwand 1,5 Millionen Euro über, ob da dieses Thema unterzubringen ist im Sinne einer Förderung können wir gerne weiter nachdenken, aber da bin ich durchaus skeptisch.

5) Bauprojekt Posenergasse 20 – vermeidbares erhöhtes Verkehrsaufkommen

GR. **Mayr** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Zufahrt zum Bauprojekt Posenergasse in Andritz wurde bislang nicht über die Grazer Straße, an die es allerdings unmittelbar angrenzt, geplant, sondern über die Posenergasse selbst, also Richtung stadteinwärts, Richtung Südosten. Die Anrainer sowie die Bezirksvorstehung sprachen sich massiv gegen diese Lösung aus, da die Zufahrt über die Posenergasse zahlreiche Engstellen und Gefahrenmomente, so vor allem eine vermeidbare Belastung des dort angesiedelten städtischen Kindergartens mit erhöhtem Verkehrsaufkommen, mit sich bringt. Man überquert auch den Gleiskörper, Fahrradwege etc.

Mittlerweile scheinen sich auch die zuständigen Magistratsabteilungen einig zu sein, dass die Zufahrt über die direkt am Bauprojekt liegende Landesstraße "Grazer Straße" die beste Variante wäre.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Verkehrsstadtrat, folgende

Frage:

Wurde vom Straßenamt, das für die Regelung der Zufahrt zuständig ist, ein Antrag an die Landestraßenverwaltung gerichtet, die Zufahrt über die Grazer Straße einzurichten?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Peter! Da scheint es sich um ein Missverständnis oder Unkenntnis der festgestellten Kompetenzen zu handeln, die im Aufgabenbereich des Magistrates beziehungsweise um den Bereich des Landes handelt. Das Straßenamt sucht um keine Zufahrten an und schon gar nicht beim Land. Das Straßenamt genehmigt nur Zufahrten nach einem Ansuchen eines Bauwerbers oder eines Liegenschaftseigentümers auf Gemeindestraßen beziehungsweise auf Landesstraßen, die per Verwaltungsübereinkommen der Stadt Graz übertragen wurden. Die Grazer Straße ist eine Landesstraße, die ausschließlich in der Kompetenz des Landes liegt. Zusatzinfo für dich, die gleiche Frage, die du gestellt hast, ist bereits am 8. Februar im Bürgermeisteramt oder vom Bürgermeisteramt gestellt worden und auch beantwortet worden, ich habe es dir dann in Kopie auch beigelegt. Also die Geschichte ist nicht die unsere (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr**: Die Landesstraßenverwaltung orientiert sich natürlich durchaus an das, was sozusagen von Seiten der Magistratsstellen eingebracht wird, durchaus in Kooperation natürlich zwischen der Baubehörde, aber auch zwischen dem Straßenamt. Das heißt, wenn von der Seite der Stadt der Wunsch herangetragen wird, passiert das nicht, was sich eigentlich alle wünschen. Jetzt kann man natürlich sagen, an sich wäre der Bauwerber selber dafür verantwortlich, aber auch dieser bekommt die Beratung durch die magistratischen Stellen und nicht durch die Stellen der Landesstraßenverwaltung. Daher noch einmal die Zusatzfrage: Gab es denn gar keine Initiative von Seiten der Verkehrsplanung oder des Straßenamtes, eine bessere Zufahrtslösung als die jetzt geplante zu erzielen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich wiederhole es nochmals. Der Antragsteller ist nicht die Stadt Graz, das muss der Bauwerber machen und sonst niemand.

6) Aufnahme von Lehrlingen in ein Dienstverhältnis bei der Stadt Graz

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, werte Zuseherinnen und Zuseher! In der Stadt Graz liegt die offizielle Arbeitslosenrate gegenwärtig bei rund zehn Prozent und damit höher als in allen anderen steirischen Bezirken. 21.801 Menschen waren im Jänner 2016 als arbeitssuchend beim AMS gemeldet, das sind 3,8 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Besonders fehlt es an Vollzeitarbeitsplätzen mit entsprechender Entlohnung. Dabei sind sichere Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter, von denen die Beschäftigten leben können, sowie gute Arbeitsbedingungen ein wichtiger Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. Die Stadt Graz muss in der Hinsicht mit einer Vorbildfunktion vorausgehen und wenn die Politik Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit setzen will, müssen erste Schritte dort gesetzt werden, wo sie unmittelbar oder mittelbar Gestaltungsmöglichkeiten hat. Dies gilt insbesondere in Zeiten, in denen mehr und mehr Menschen ohne Erwerbsarbeit sind, trotz Arbeit arm sind, prekäre Beschäftigungsformen um sich greifen und durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit der Druck auf die Einkommen, auf die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigten selbst verschärft wird.

Deshalb darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

stellen: Wie viele Lehrlinge wurden im Haus Graz nach Abschluss ihrer Lehre in den vergangenen fünf Jahren übernommen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Nachdem Sie Daten vom Arbeitsmarkt erwähnt haben, möchte ich da zunächst ein paar Kommentare dazu abgeben. Zum Ersten, es ist einfach zur Richtigstellung nicht im Sinne von..., es gibt Regionen, denen es noch schlechter geht, sondern einfach zum Richtigstellen. In den Bezirken Leibnitz und Steiermark Südost ist die Arbeitslosigkeit leider noch höher als in Graz und in Hartberg ist sie gleich hoch wie in Graz, aber wir befinden uns jedenfalls im unteren Drittel. Trotz der Arbeitslosenzahlen und der Entwicklung gibt es, Gott sei Dank, seit einiger Zeit, vielleicht seit ein/zwei Monaten, durchaus einige positive Anzeichen im gesamten Arbeitsmarkt. Zum ersten Mal ist es so, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit, Gott sei Dank, sehr, sehr stark zurückgegangen ist. Vor einem Jahr hatten wir eine Zunahme von über zehn Prozent, diesmal war die Zunahme vier Prozent. Immer noch hoch genug, aber deutlich weniger. Wir haben auch nach wie vor gleiche Gruppen, die sich sehr schwer tun, einen Arbeitsplatz zu finden, für die das Angebot nicht so gut ist, das sind leider die Personen über 50 Jahre, Frauen und vor allem auch Ausländerinnen und Ausländer. Aber, und jetzt kommt das große Aber, für eine sehr, sehr wichtige Gesellschaftsgruppe hat sich die Situation ganz eindeutig verbessert und zwar für die jungen Leute. Die Arbeitslosigkeit für die Unter-25-Jährigen ist sogar absolut zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit der 25- bis 25-Jährigen ist stark unterdurchschnittlich gewesen. Also ich würde durchaus sagen, man sieht, dass sich am Arbeitsmarkt langsam der Trend ändert, wie immer man dazu steht. Meine Überzeugung ist, dass hier die Steuerreform durchaus erste positive Wirkungen zeigt, ich bin auch überzeugt, ich habe mit Leuten vom Arbeitsmarktservice gesprochen, das

erwarten sich alle, dass sich die Steuerreform positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, wahrscheinlich nicht nur so, wie wir uns gedacht haben. Aber das jedenfalls als positive Anzeichen und Hinweise soll man das, glaube ich, nicht unterschätzen. Zu Ihrer konkreten Frage eine konkrete Antwort. Wir haben alle Beteiligungen angeschrieben und folgende Antworten erhalten, wir haben es zusammengefasst: Es sind insgesamt 61 Personen, die ein Lehrverhältnis zum Magistrat oder zur Stadt hatten und die nach dem Lehrverhältnis in ein Dienstverhältnis übernommen wurden. Ganz stark überwiegt hier die Holding, und zwar sind es insgesamt 52 Personen und ich darf Ihnen da noch ganz kurz ausführen, dass sich die Holding sehr, sehr engagiert, ein attraktiver Arbeitgeber für Jugendliche zu sein und zwar vor allem im spezialisierten, ich kann es Ihnen dann auch gerne geben schriftlich, auch in dem spezialisierten Werkstätten-Bereich, der für die Holding wichtig ist und wo die Holding auch durchaus großes Interesse hat, die eigenen Fachkräfte selbst auszubilden. In den letzten fünf Jahren sind etwa 28 Facharbeiterinnen und Facharbeiter nach Lehrabschluss als Pensionierungersetzung, zum Teil auch als Erweiterung, in den Werkstätten übernommen worden. Bei der Holding Graz Services waren es sechs, bei den Holding Graz Linien 22 und neun weitere wurden auch in unterschiedlichen Berufsgruppen auch an ihre Beteiligungen weitergegeben. In Summe waren es also bei der Holding 52. Gesamt Haus Graz, wie gesagt, 61.

GR. Mag. **Krotzer**: Herzlichen Dank für die Beantwortung der Frage. Was mich noch interessieren würde, ob es Ihrerseits eine Einschätzung gibt, wie sich das in den nächsten Jahren entwickeln wird beziehungsweise auch welche Überlegungen es in dem Bereich gibt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es gibt ja ein Programm, das wir im Haus Graz umsetzen, das ist das Lehrlingsprogramm, bei denen wir auch auf Lehrlinge unterstützen und Lehrlinge übernehmen, die es nicht so leicht haben, hier unterzukommen, das Programm läuft meines Wissens in vollem Ausmaß und es hat ja auch schon Gespräche gegeben, dass die Holding dieses Programm weiterführt. Das heißt, wir werden ungefähr im Laufe der nächsten Zeit bis zu 400 Lehrlinge im Haus Graz haben. Wir haben derzeit 123 und unser Programm ist ausgerichtet, dass wir insgesamt 170 beschäftigen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

7) Pammerbad

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder und -mitgliederinnen, Kollegen, Kolleginnen, liebe Damen und Herren auf der Tribüne, hohe Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zur Erinnerung, seit 1910 beziehungsweise 1910 wurde das Pammerbad eröffnet, es war für die östlichen Bewohner, aber speziell für St. Peter, Jakomini und Waltendorf eine Freizeitoase, man ist gerne dorthin gegangen. Leider Gottes wurde es 2004 aus den unterschiedlichsten Gründen geschlossen. Kann man heute nachdenken, wie man mag, auf alle Fälle hat es sehr viele Bewohner und Bewohnerinnen getroffen und waren betroffen. Seit 2007 ist es im Besitz der ■■■ die möchten dort Luxusbauten erstellen. An und für sich derzeit nicht möglich, weil es noch immer im Flächenwidmungsplan als Freizeitgebiet ausgewiesen ist und ich weiß auch

von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass Sie auch nicht unbedingt dort so ein Luxusprojekt haben wollen. Trotzdem ist irgendwo Stillstand eingetreten. Am 30. März sind die Ausschussmitglieder des Grünraums eingeladen, eben wo der neue Flächenwidmungsplan vorgestellt wird und daher ist meine Frage, inwieweit Sie als zuständiger Stadtsenatsreferent sich dafür einsetzen, dass vielleicht wieder was aus dem Pammerbad werden kann (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Das Areal des ehemaligen Pammerbades ist im rechtskräftigen Fläwi-Plan als Freiland, Sondernutzung Freibad beziehungsweise Freiland, Sondernutzung Spielplatz ausgewiesen, das ist die derzeitige rechtliche Ausweisung. Gemäß dem einstimmigen Auflagebeschluss des Gemeinderates war im ersten Entwurf 4.0 eine sinngemäße Fortführung dieser Festlegung vorgesehen, es wurde festgelegt, dass Freiland Sondernutzung Spielplatz, nunmehr steht jetzt die zweite Auflage unmittelbar bevor und hier ist entsprechend der fraktionsübergreifenden Vorgespräche die Nutzung als Freiland, Sondernutzung Bad sowie darüber hinaus Festlegung als Vorbehaltsfläche für eben diesen Zweck vorgesehen. Ich habe diese Absicht ja bereits in der Gemeinderatssitzung im Juni 2015 angekündigt, das heißt nicht nur, dass wir im Fläwi-Plan die alte Regelung beibehalten wollen, sondern dass wir als Vorbehaltsfläche auch noch klar festlegen, dass wir bei einem eventuellen Verkauf dieser Liegenschaft zuerst zu fragen sind und dann müsste man mittels Gutachten einen Preis festlegen und dann muss es der Stadt Graz angeboten werden. Erfolgt die Beschlussfassung hier im Gemeinderat in diesem Sinne, so kann das Areal zumindest in einer langfristigen Perspektive zum Freizeit- und Freiflächenangebot im Grazer Südosten beitragen und vielleicht auch wieder ein Bad werden, also wir müssen zuerst noch einmal was tun. Freilich hängt die Zeitschiene stark von der Eigentümerin ab, soweit ich weiß, steht sie nach wie vor im Grundbuch und hat, glaube ich, nur das Projekt oder das Projekt von jemanden anderen verfolgen

lassen. Es gab auch vor einigen Monaten von der Eigentümerin an die NachbarInnen so etwas wie eine Umfrage, die sie ausgeteilt hat. Man hat mir das auch zukommen lassen, da stand drinnen, dass sie die BewohnerInnen und die Nachbarn fragen möchte, ob sie denn für oder gegen ein Bad sind mit einer ganz eigentümlichen Begründung. Es ist drinnen gestanden, sie empfiehlt quasi fast schon, dass das Bad nie mehr gebaut wird, es würden die ganzen Kundinnen und Kunden mit dem Auto kommen und dort Lärm und Emissionen erzeugen. Interessanterweise habe ich zwar erfahren, dass es diese Umfrage gibt, ich habe aber nie ein Ergebnis erfahren, weil ich mir auch nicht vorstellen kann, dass die Nachbarn wirklich was gegen den Badebetrieb haben, soweit ich die Bevölkerung dort kenne, warten alle darauf, dass man diese Freiflächen auch wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Aber noch einmal, bekanntlich entspricht diese Ausweisung nicht den Wünschen der Eigentümerin, die um Baulandausweisung angesucht hat, sie muss es nicht verkaufen, wenn wir die Vorbehaltsfläche haben, dann muss sie es uns anbieten und das werden wir festlegen, so ist es vorgesehen im heurigen Jahr (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Es gibt auch eine andere Unterschriftenaktion von sehr viel Bewohnern und Bewohnerinnen eben, dass wieder ein Bad eröffnet wird, das ist die zweite Seite. Inwieweit haben Sie Verhandlungen oder Gespräche mit der Holding geführt, ob die eben bereit sind, diese Badestätte zu erhalten, zu errichten oder wieder aufzubauen (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin! Ich habe die Verantwortlichen in der Holding und auch im Freizeitbereich darauf aufmerksam gemacht, dass das einmal ein Wunsch von mir wäre und habe dort auch zum Ausdruck gebracht, dass es aber nicht nur mein

Wunsch ist, sondern dass wir alle eigentlich daran interessiert sind. Die Holding beziehungsweise der Freizeitbereich kann dem schon was abgewinnen, aber wie Sie wissen, ist jedes Bad und jede Investition in ein Bad sicherlich nicht gleich als positives Geschäftsfeld zu sehen, aber wir haben einmal, wenn ich so sagen darf, auch die Holding darauf vorbereitet, in den nächsten Jahren sich zu überlegen, wie man das finanzieren könnte. Also es sollten alle an einem Strang ziehen, aber noch einmal, die Eigentümerin hat so lange ihre Rechte, bis sie verkaufen möchte, aber vorher müssen wir noch einen Beschluss fassen. Die Vorbehaltsfläche war noch nicht drauf, die würde jetzt draufgelegt werden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

8) Vorbehaltsflächen für kommunalen Wohnbau

GR. **Dreisiebner** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf dem Zuschauerrang, liebe Elke Kahr! Das Thema Stichwort Vorbehaltsflächen ist ja gerade vorhin gefallen und daher passt die Frage ja unbeabsichtigt sehr gut dazu. Wir haben in dem Falle, wo ich mich jetzt an dich wende, ja im ersten Entwurf des Flächenwidmungsplanes 4.0, der noch in der Auflage ist und bald in die zweite Auflage gehen soll, vielleicht schon in der April-Gemeinderatssitzung elf Vorbehaltsflächen für kommunalen Wohnbau ausgewiesen, die in unterschiedlichen Stadtteilen liegen, die unterschiedliche Dichten haben und wo, wie vorhin der Herr Bürgermeister ausgeführt

hat, im Falle Verkaufsinteresse beziehungsweise Veräußerung der Stadt das angeboten werden muss. Ich habe mir jetzt die Arbeit gemacht und das ein bisschen durchgerechnet, auf wie viele Quadratmeter und wieviel Bruttogeschossfläche wir bei diesen elf Vorbehaltsflächen kommen, da sind wir in etwa bei 65.000 m² Bruttogeschossfläche und ich habe mir da auch ein bisschen ein Know-how dazu geholt aus fachlichem Bereich Architektin. Das würde, selbst wenn wir noch zehn Prozent Zuschlag über Bebauungsplandichteanhebung usw. mit hineinrechnet, in etwa bei einer Durchschnittsgröße von 90 m² pro Wohnung inklusive Nebenflächen knapp 800 Wohnungen ergeben und bei 80 m² etwa 900 Wohnungen. Jetzt ist der Flächenwidmungsplan ja für 15 Jahre angedacht und wir wissen, dass wir in der letzten und in der aktuellen Periode mehr als diese in etwa 800/900 Wohnungen als Programm hatten oder eben auch jetzt aktuell haben.

Und in diesem Sinne frage ich dich, liebe Elke, inwieweit, das heißt, zu ungefähr welchem Prozentanteil sehen du, deine ExpertInnen in der Fachabteilung durch diese Flächenvorsorge über Vorbehaltsflächen im 1. Entwurf des Flächenwidmungsplanes es als ausreichend an, um für die nächsten eineinhalb Jahrzehnte Gemeindewohnungen und somit leistbaren Wohnraum in ausreichendem Maß neu errichten zu können (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Liebe KollegInnen, lieber Karl! Danke für deine Anfrage. Das ist interessant, auf welche Wohneinheitenzahl du gekommen bist, also das mit den elf Vorbehaltsflächen stimmt, da haben wir vorsichtiger gerechnet, also wir haben jetzt einmal mit 700 gerechnet, aber wenn das so ist, soll das gut sein. Ausreichend, lieber Karl, da kennst du mich jetzt lange genug und auch die KPÖ da in dem Haus, ist das natürlich für uns nie, weil wir schon vor sehr, sehr langer Zeit, auch schon bei der letzten Erstellung des Flächenwidmungsplanes, eigentlich immer den Wunsch gehegt haben, dass es diese Vorbehaltsflächen für den sozialen Wohnbau geben soll, wohl

wissend, dass natürlich der private Eigentümer das ja nicht verkaufen muss, sondern nur, wenn er es tut, dann könnten wir zum Zug kommen. Das ist ein Instrument, um sich Flächen für den sozialen Wohnbau zu sichern, das ist gut so und da bin ich auch sehr dankbar und froh, dass es dieses Mal das erste Mal gelungen ist, mit dem Stadtplanungsamt gemeinsam mit der Abteilung Immobilien und dem Wohnungsamt, also Wohnen Graz, hier diese Flächen zu sichern und hochgerechnet, wie du auch in deiner Anfrage schreibst auf die eineinhalb Jahrzehnte, also die nächsten 15 Jahre, wäre das in etwa die Hälfte des Wohnungsbestandes, den wir sozusagen für uns, also 1.500 Wohneinheiten, die dadurch ermöglicht werden. Wir verlassen uns natürlich auf das nicht und das ist ja auch der Grund, warum wir ein Sonderwohnbauprogramm auch in dieser Periode wieder angestrebt haben und hier seit zwei Jahren auch die Unterstützung gefunden haben durch den Budgetbeschluss, dass wir jetzt zirka auch 300 Wohneinheiten zusätzlich gesichert haben. Ein Grundstück übrigens von diesen Vorbehaltsflächen, wenn du dich erinnerst, haben wir in der vorletzten Gemeinderatssitzung schon beschlossen, das ist das in der Peter-Tunner-Gasse. Was positiv ist, ist auch, dass sehr viele Flächen hier in unterschiedlichen Stadtteilen sind, also das, was immer unser Wunsch war, Grundstücke zu sichern oder auch zu erwerben in Stadtteilen, wo wir gar keine oder kaum Gemeindewohnungen haben, da ist jetzt eine Verbesserung eingetreten, so sehe ich das zumindest und was auch erfreulich ist, unter anderem haben wir heute auch ein Gemeinderatsstück auf der Tagesordnung, wo es auch um einen Grundstückserwerb zum Beispiel in dem Bezirk Waltendorf gibt, wo wir bisher überhaupt noch keine einzige Gemeindewohnung gehabt haben, das sind schon Sachen, die durchaus erfreulich sind. Wir haben auch andere Grundstücke angekauft, ich will das jetzt nicht alles aufzählen. Vor allem, was aber auch wichtig ist zu erwähnen, wir werden ein paar hundert Gemeindewohnungen durch Nachverdichtungen schaffen können, die wir, wie du vielleicht noch in Erinnerung hast, selbst auch errichten wollen, also ohne Wohnbaufördermittel vom Land, also diese 100 Wohneinheiten jährlich, aber in Summe, wie gesagt, wenn ich das jetzt alles hochrechne, was wir da im Auge haben, würden wir eigentlich auf die 1.500

hinkommen, aber nachdem ich auch weiß, dass es Unwegbarkeiten gibt und Einsprüche und was weiß ich alles, brauche ich dir eh nicht sagen, würde ich jetzt keine gesicherte Zahl sagen, weil du kannst jetzt nach 15 Jahren nicht heute schon sagen, dass das in Stein gemeißelt ist, aber wir sind auf einem guten Weg. Aber man muss ganz ehrlich sagen, ohne dass man vom Bund und auch vom Land, das sage ich jetzt so, zusätzlich wirklich eine größere Summe Mittel in die Hand nimmt, wird das alles nicht reichen, das ist mehr, als jetzt vor 20 Jahren gemacht wurde, aber es wird nicht ausreichen, um der durchaus prognostizierten größeren Wohnungsnot wirklich entgegenzutreten zu können, also davon bin ich auch überzeugt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank für deine detaillierte Auskunft. Natürlich sind mir einzelne weitere Projekte bekannt, mir ist aber natürlich auch bekannt, so wie du es auch angerissen hast, dass es in der gegenwärtigen Entwicklung zum einen einen ganz starken Bevölkerungszuwachs gibt, zum anderen auch die soziale Situation sich nicht gerade zum Besseren verändert, es hat ja auch der Kollege Krotzer in Bezug auf die Arbeitslosenzahlen im speziellen Bereich aber doch eine Frage eingebracht. Wir haben am 30.3. eben einen weiteren Planungsausschuss, würden es sehr gerne sehen, wenn es seitens deiner Person beziehungsweise deiner Abteilung hier vielleicht noch weitere Vorschläge in Richtung des Flächenwidmungsplanes 4.0, zweite Auflage, geben würde und ich frage dich ganz einfach ganz kurz, bist du dazu bereit, in den nächsten 10/15 Tagen, die noch überbleiben minus der Feiertage, dahingehend aktiv zu werden (*Applaus Grüne*)?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Aktiv werden tue ich die ganze Zeit in dem Hinblick. Also ich hatte erst vor 14 Tagen wieder einen Termin beim Landesrat Seitinger, also unsere Abteilung

Wohnen Graz tut eigentlich tagtäglich nichts anderes als wie zu schauen, wo wir zusätzliche Grundstücke oder Bestandsobjekte optimieren können mit umfassenden Sanierungen usw. Aber selbstverständlich gerne, ich kann mir heute den Stadtplanungschef, der Herr Inninger ist da und auch die Frau Katharina Peer, wenn sie Möglichkeiten sehen, selbstverständlich sind wir..., wenn wir das verdoppeln können gerne. Aber deswegen haben wir in den nächsten 15 Jahren nicht unbedingt mehr Wohnungen, das musst du immer wissen, weil ich glaube, dass das eine oder andere Grundstück, was wir da jetzt die Vorbehaltsfläche draufgelegt haben, das haben wir noch nicht und deswegen, wir brauchen rascher Wohnungen und deshalb möchte ich auf den letzten Aspekt hinkommen, da brauchen wir das Land und den Bund und wenn da die Erkenntnisse nicht da ist, dass die Kommunen alleine das nicht stemmen werden, dann 50 Vorbehaltsflächen auch nichts helfen (*Applaus KPÖ*).

9) Mehr Sicherheit auf dem Radweg beim Kreisverkehr Grieskai – Lagergasse

GR. **Stöckler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Stöckler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Mario, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich möchte einen relativ neuralgischen Punkt im Grazer Radwegenetz thematisieren und zwar den Bereich Lagergasse – Grieskai. Dort herrscht eine Situation vor, wenn man aus dem Bereich Lagergasse in den Kreisverkehr einfährt unter der Eisenbahnunterführung, dass dieser Bereich komplett uneinsichtig ist. Es gibt zwar einen Verkehrsspiegel dort, der aber die Situation meiner Ansicht nach und nicht nur meiner Ansicht nach, sondern auch aus vielen Anfragen an meine Person und nicht nur an mich gerichtet, die Thematik aufzeigt. Wir haben dort einen Lokalaugenschein vorgenommen und just in diesem Moment kam es fast zu einem gefährlichen Zwischenfall und daher möchte ich an dich die

F r a g e

stellen: Bist du bereit, eine Evaluierung der Verkehrssituation im Bereich des Radweges beim Kreisverkehr Grieskai – Lagergasse vorzunehmen und etwaige Änderungen ins Auge zu fassen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer dort zu erhöhen (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Peter, da hast du Recht, es ist auch wirklich der Fall, Kreisverkehr Grieskai – Lagergasse weist tatsächlich eine unbefriedigende Situation auf. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat dort Aktionen durchgeführt, eben um auf die Gefahren aufmerksam zu machen und bei allen Verkehrsteilnehmern eben die notwendige Aufmerksamkeit zu erreichen. Ob das reicht, wissen wir noch nicht, die Evaluierung dieser Aktion und eine Prüfung von Möglichkeiten wird in der Verkehrssicherheits-Arbeitsgruppe eingebracht und dort bearbeitet werden, ist fix.

GR. **Stöckler**: Mir ist schon klar, dass das verkehrsrechtlich dort einwandfrei ist. Man müsste vielleicht überlegen, ob man den Radweg nicht mit einem Stoppschild oder sonst irgendwas ausstattet, weil die Personen fahren dort ein und die Autofahrer kommen in den Einfahrtsbereich mit einer derartigen Geschwindigkeit teilweise daher, dass es wirklich lebensgefährlich ist. Also ich glaube, da muss man irgendwas unternehmen, was auch immer das sein wird. Danke.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

10) Bitte um den Bericht im Gemeinderat zu den Ergebnissen der bereits am 24.6.2014 stattgefundenen Enquete „Diskriminierung von älteren Menschen in der Stadt – kommunale Herausforderungen für Graz“

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Der durch den Menschenrechtsbeirat eingerichtete Arbeitskreis „Alter“ plante und organisierte bereits am 24. Juni 2014 mit breiter finanzieller Unterstützung eine Enquete zum Thema „Diskriminierung von älteren Menschen in der Stadt – kommunale Herausforderungen für Graz“. Dabei wurde von verschiedenen ExpertInnen der Fokus auf allgemeine Diskriminierungen, altersgerechten öffentlichen Raum, demographische Veränderungen und Stadtentwicklung, Altersarmut und ältere Migranten und Migrantinnen gelegt. Das Ziel war dabei, einen Blick auf vielfältige Behinderungen und Diskriminierungen im öffentlichen Leben zu werfen, die versteckt oder offen ein teilhabendes und integriertes Leben älterer und alter Menschen erschweren beziehungsweise verunmöglichen. Die Ergebnisse und insbesondere Handlungsempfehlungen wurden dann vom Arbeitskreis zusammengefasst, im Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz diskutiert und danach an die zuständigen Stellen der Stadt Graz weitergereicht mit der Bitte, einen Informationsbericht dazu im Gemeinderat einzubringen, um dann auch gegebenenfalls Handlungsempfehlungen aufgreifen zu können oder möglicherweise dann auch im eigenen Wirkungsfeld umsetzen zu können.

Nachdem das bislang nicht erfolgt ist, stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Ist es möglich, den Ergebnisbericht inklusive der Handlungsempfehlungen der über den Arbeitskreis „Alter“ des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz organisierten Enquete „Diskriminierung von älteren Menschen in der Stadt – kommunale Herausforderungen für Graz“ in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen zur Information vorzulegen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Magister! Wenn es nach mir geht und, ich glaube auch, nach der Meinung des Herrn Magistratsdirektors, wird das nicht stattfinden. Am 24.6. fand die angesprochene Enquete, und jetzt bitte den Namen oder die Namensgebung dort noch einmal genau mithören „Diskriminierung von älteren Menschen in der Stadt – kommunale Herausforderungen für Graz“, statt. Dabei wurden auch Überlegungen angestellt, in welcher Weise die Ergebnisse der Enquete an die Politik weitergereicht werden können. Dies führte letztlich zu einem dreiseitigen Papier mit Empfehlungen des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz für eine altersgerechte Stadt. Diese Empfehlungen wurden am 13. Februar vergangenen Jahres dem Bürgermeisteramt und der Magistratsdirektion übermittelt. Das Papier enthält zwar eine Reihe von Empfehlungen, aber außer allgemein gehaltenen Statements zur Altersdiskriminierung keine näheren Angaben dazu, wo es denn im kommunalen Bereich tatsächlich zu Diskriminierungen kommt. Auch Nachfragen seitens der Magistratsdirektion beim ETC konnten keine Aufklärung schaffen. Im Wesentlichen wurde nur auf die Problematik der Diskriminierung durch Banken bei der Kreditvergabe hingewiesen. Davon abgesehen waren nur Problempunkte angesprochen, die behinderte Menschen im Allgemeinen berühren und unter dem Aspekt Barrierefreiheit bei uns in der Stadt Graz bereits bearbeitet werden. Es braucht nicht gesondert betont werden, dass die Befassung des Gemeinderates nicht einfach auf Zuruf einer Arbeitsgruppe erfolgen kann und da sich trotz eingehender Rückfragen kein Problemfeld ergeben hat, das

einer kommunalen Lösung zugeführt werden könnte, wurde daher in Rücksprache mit mir von einer Befassung des Gemeinderates Abstand genommen. Wenn es Interesse an den Punkten des Menschenrechtsbeirates gibt, werden diese gerne an die Klubs und die StadtsenatsreferentInnen verteilt werden, die dann auch in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich noch einmal Handlungsaufträge erarbeiten können, aber, wenn ich so sagen darf, der Bericht hat der Stadt Graz ein gutes Zeugnis ausgestellt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Es erübrigt sich für mich die Zusatzfrage. Ich hätte nur noch eine Bemerkung. Also ich finde es extrem schade, dass man das also mit dieser Argumentation einfach für nichtig erklärt, weil aus meiner Sicht könnte man sehr wohl da Willen zeigen und für mich wäre es wünschenswert, man kann ja dann immer noch zum Schluss kommen, Graz hat schon so viel im positiven Sinn verändert und es bedarf keiner neuen Maßnahmen, deshalb tut es mir jetzt leid, dass kein Interesse diesbezüglich gegeben ist (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Muss ich schon was feststellen. Wir haben ein großes Interesse gehabt, was dabei herauskommt, nur was dabei herausgekommen ist, davon kann ich nicht einen kommunalen Auftrag ableiten, weil da nichts drinnen war diesbezüglich. Deswegen sage ich, ich freue mich, dass wir einmal in einem Menschenrechtsbericht trotz Nachfragen bei ETC und bei anderen eigentlich keine kommunalen Schritte setzen müssen, keine Handlungen setzen müssen, das ist einmal was Positives. Wenn es weitere Ideen gibt, sage ich noch einmal, bitte den Bericht in allen Stadtregierungsbüros, in allen Klubs noch einmal diskutieren. Aber die Problemfelder, die aufgezeigt wurden, sind vor allem eben diese Barrieredinge, die werden behandelt

und sonst gab es keinen Hinweis darauf. Das heißt, warum soll ich sie befassen mit etwas und was ableiten als Gemeinderatsstück, was es nicht einmal im Bericht gibt?

11) Generationenübergreifender Motorikpark für die GrazerInnen

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Bewegung ist wichtig für unsere Gesundheit. Wenn wir unserer Gesundheit etwas Gutes tun wollen, dann müssen wir Bewegung machen, das hören wir ja täglich von vielen Menschen, seien es jetzt unsere Ärzte oder die Lehrer und Lehrerinnen. Vor allem in den Städten ist es wichtig, dass Menschen genügend Möglichkeiten geboten werden, wo sie aktiv sein können, um aktiv zu bleiben auch.

Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel ein generationenübergreifende Motorikpark oder mehrere. So eine Einrichtung ist ein Erlebnis für Bewegung, Gesundheit, es macht Spaß, man fördert die Fitness. Die Geräte in solchen Parks, ich sage nur siehe Gamlitz, machen es irgendwie spielerisch möglich, Beweglichkeit, Geschicklichkeit und auch Koordination in jedem Alter zu trainieren. Da ist für jeden wirklich was dabei, sei es für Kinder, Kindergärten, Schulklassen, SeniorInnen, also jeder in jedem Alter kann da mitmachen.

Da würde sich eben im Rahmen der von Ihnen angekündigten Grünraumoffensive ganz gut anbieten, wenn schon von vorneherein, wenn neue Parkanlagen oder Freizeit- und Erholungsinseln geplant werden, man gleich an solche weitergehende Angebote mitdenkt beziehungsweise gleich mitentwickelt, eben wie einen Motorikpark.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Rahmen der von Ihnen angekündigten Grünraumoffensive in größeren Parks, aber auch im Bereich kleinerer Grünflächen einen oder mehrere generationenübergreifende Motorikparks zu errichten (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die von Ihnen, Frau Gemeinderätin, angekündigte Grünraumoffensive oder angesprochene, sieht in erster Linie jetzt einmal den Erwerb und die Sicherung von Grün- und Freiflächen vor, damit sie dann da sind für die Bereiche Spiel, Sport und Erholungszwecke. Das haben wir uns vorgenommen, dass das in erster Linie jetzt einmal auch in den benachteiligten Stadtteilen Vorrang hat, das sind im Grazer Westen, vor allem entlang der Mur, mit Lend, Jakomini und Gries sicherlich die betroffenen Bezirke, wenn es um fehlenden Grünraum geht. Dabei sind jetzt alle Abteilungen, aber auch die Holding ziemlich unterstützend unterwegs und da gelingt uns auch gemeinsam mit den Planungsinstrumenten jetzt doch relativ viel. Wir wollen genau diese Dinge, die Sie ansprechen mit dem Motorikpark und mit Spielangeboten, Jugendangeboten verstärken. Jetzt müssen wir zuerst einmal erwerben. Wir haben das bei den derzeitigen Entwicklungen von einigen Grünflächen durchaus vorgesehen, auch in den Ausschreibungen, dass das kommen soll. Wir müssen es dann nur letzten Endes noch finanzieren und da ist jetzt prioritär einmal auch aus der Sicht der Grünraumabteilung schon da, dass wir einmal die Flächen erwerben und uns erst dann mit der Ausgestaltung dieser Flächen beschäftigen können, auch finanziell (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Eigentlich jetzt keine Zusatzfrage, sondern einfach der Wunsch, dass wirklich auch die geplanten Maßnahmen dann realisiert werden und dass es halt nicht, wie immer, am Geld scheitert. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.17 Uhr den Vorsitz.